



Curia Vista - Geschäftsdatenbank

14.421 – Parlamentarische Initiative

Genehmigung bundesrätlicher Verordnungen durch das Parlament

Eingereicht von	 Fournier Jean-René
Einreichungsdatum	11.06.2014
Eingereicht im	Ständerat
Stand der Beratungen	Erledigt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Das Parlament wird dazu aufgefordert, entsprechende Gesetzesänderungen vorzunehmen, damit bundesrätliche Ausführungsverordnungen zu wichtigen Erlassen durch die eidgenössischen Räte genehmigt werden können. Das Parlament muss sich in solchen Erlassen das Recht vorbehalten können, dass ihm die Ausführungsverordnungen des Bundesrates zur Genehmigung vorgelegt werden. Unter Achtung des Prinzips der Gewaltenteilung erfolgt diese Genehmigung ohne Möglichkeit der Abänderung und nicht durch eine eingehende Prüfung der verschiedenen Ausführungsbestimmungen.

Begründung

In letzter Zeit ist es oft so, dass in Verordnungen des Bundesrates der Wille des Gesetzgebers nicht vollumfänglich respektiert wird. Die Verwaltung erliegt immer mehr der Versuchung, mithilfe von Ausführungsverordnungen das zu erreichen, was ihr vom Gesetzgeber verwehrt wurde. Diese Praxis führt zu missbräuchlicher Ausnutzung des Handlungsspielraums, den das Parlament der Regierung einräumt. Das Ergebnis eines solchen Missbrauchs im Nachhinein auf dem Wege der Gesetzgebung zu beheben ist aufwendig und zu langsam. Wir müssen dieses Problem wirksam lösen. Die Möglichkeit, bereits im Gesetzentwurf eine Genehmigung der Gesamtheit der dazugehörigen bundesrätlichen Verordnungen durch das Parlament vorzusehen, wäre ein Mittel, unter Einhaltung des Prinzips der Gewaltenteilung solchen Missbrauch zu unterbinden. Das würde sicherstellen, dass der Bundesrat von seinem Handlungsspielraum in angemessener Weise Gebrauch macht. Diese Vorgehensweise hätte nicht den Sanktionscharakter eines einfachen Vetos, wie wir es im Kanton Solothurn vorfinden, und der Gegenstand der von Thomas Müller eingereichten parlamentarischen Initiative [09.511](#) war, der der Nationalrat Folge gab, der Ständerat jedoch keine Folge gab. Ähnliche Vorschriften existieren bereits in den Kantonen Uri, Wallis und Graubünden und haben sich dort als zufriedenstellend erwiesen.

Dokumente

[Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)

[Medienmitteilungen](#)

[Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)

Kommissionsberichte

20.08.2015 - Staatspolitische Kommission des Ständerates

Chronologie / Wortprotokolle

Datum	Rat
-------	-----

24.09.2015	SR	Der Initiative wird keine Folge gegeben.
------------	----	--

Behandelnde Kommissionen

Staatspolitische Kommission SR (SPK-SR)

Erstbehandelnder Rat

Ständerat

Mitunterzeichnende (20)

Abate Fabio Altherr Hans Baumann Isidor Bieri Peter Bischof Pirmin
Bischofberger Ivo Comte Raphaël Eberle Roland Engler Stefan Germann Hannes
Hefti Thomas Hess Hans Imoberdorf René Keller-Sutter Karin Kuprecht Alex
Levrat Christian Lombardi Filippo Savary Géraldine Schmid Martin
Seydoux-Christe Anne

Deskriptoren: Hilfe

Verordnung Vetorecht Aufgaben des Parlaments Beziehung Legislative-Exekutive
Gesetzgebungsverfahren parlamentarisches Verfahren Kompetenzregelung

Ergänzende Erschliessung:

04;0421;Verordnungsveto